

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 15/192 –**

**Seesicherheit optimieren – nationaler und europäischer Handlungsbedarf nach Tankeruntergang der Prestige**

### **A. Problem**

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Tankerunglücks der Prestige vor der spanischen Küste u. a. aufgefordert werden soll, die Sicherheitsmaßnahmen für die Nord- und Ostsee zu verbessern. Die Antragsteller verlangen u. a., das Havariekommando in Cuxhaven unverzüglich einsatzfähig zu machen und dessen Kompetenzen zu stärken. Außerdem soll die Bundesregierung einen aktualisierten nationalen Nothafenplan vorlegen sowie die Sicherheitsmaßnahmen für Nord- und Ostsee, die in nationale Zuständigkeiten fallen, wie z. B. der Einsatz von Hochseeschleppern, entsprechend anpassen.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP**

### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag – Drucksache 15/192 – abzulehnen.

Berlin, den 27. Januar 2003

### **Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen**

**Eduard Oswald**  
Vorsitzender

**Annette Faße**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Annette Faße

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/192 in seiner 16. Sitzung am 19. Dezember 2002 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen. In seiner 19. Sitzung am 16. Januar 2003 hat der Deutsche Bundestag den Antrag nachträglich zusätzlich an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag auf Drucksache 15/192 soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, das Havariekommando in Cuxhaven unverzüglich einsatzfähig zu machen und dessen Kompetenzen zu stärken. Außerdem soll sie einen aktualisierten nationalen Nothafenplan vorlegen. Auch wird gefordert, die Sicherheitsmaßnahmen für Nord- und Ostsee, die in nationale Zuständigkeiten fallen, wie z. B. den Einsatz von Hochseeschleppern, anzupassen. Die Bundesregierung soll ferner auf die Russische Föderation einwirken, die Lotsenannahmepflicht sowie eine Radarüberwachung in den gefährlichen Seegebieten der Ostsee zu praktizieren. Außerdem soll eine Neubewertung der IMO-Regelungen für Doppelhüllen-Tanker mit dem Ziel angestrebt werden, Alttanker früher als bisher vorgesehen, aus der Tankerkette zu nehmen und früher als bisher beabsichtigt, Doppelhüllen-Tanker zur Voraussetzung für das Anfahren deutscher Häfen sowie der Häfen der Europäischen Union zu machen. Auch soll auf EU-Ebene dafür gesorgt werden, dass die europäischen Richtlinien für Seesicherheit verbindlich von allen nationalen Regierungen spätestens 2003 umgesetzt werden. Zudem wird gefordert, dass sich Deutschland offiziell als Standort für die Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) bewerben soll. Auch wird die Bundesregierung aufgefordert, in Zukunft jährlich einen Bericht zur Problematik der Sicherheit auf See vorzulegen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag auf Drucksache 15/192 in seiner 7. Sitzung am 15. Januar 2003 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 15/192 in seiner 5. Sitzung am 15. Januar 2003 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU

bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 15/192 in seiner 5. Sitzung am 15. Januar 2003 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 15/192 in seiner 6. Sitzung am 15. Januar 2003 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat auf die Abgabe eines Votums verzichtet.

### IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 15. Januar 2003 beraten.

Er hat mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, einige der in dem Antrag enthaltenen Forderungen seien bereits umgesetzt worden und damit überholt. Beispielsweise habe das Havariekommando in Cuxhaven am 1. Januar 2003 seine Arbeit aufgenommen und auch die Zuweisung von Notliegeplätzen werde gerade mit den Küstenländern abgestimmt. Außerdem sei schon ein Notschleppkonzept für die Nord- und Ostsee erstellt worden. Die Ansiedlung der Agentur EMSA in Deutschland werde zwar unterstützt, die Bundesregierung habe sich aber bereits festgelegt, vorrangig für die Ansiedlung der Luftsicherheitsbehörde in Deutschland einzutreten. Weitere Forderungen der Fraktion der CDU/CSU seien in dem inhaltlich weitergehenden Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 15/198 enthalten, der bereits vom Plenum angenommen worden sei. Der Forderung nach einer jährlichen Berichterstattung werde zugestimmt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, dass ihr Antrag inhaltlich keineswegs überholt sei. Zum Beispiel sei der zukünftige Standort für die Agentur EMSA noch nicht geklärt. Auch bestehe im Bereich der Schiffsicherheit auf Nord- und Ostsee noch immer die Notwendigkeit für ein koordiniertes internationales Vorgehen. Seitens der Bundesregierung müsse Druck auf die europäischen Mitgliedstaaten ausgeübt werden, um einheitliche Sicherheitsstandards zu gewährleisten. So müsse u.a. die IMO-Regelung eines Ver-

bots für Doppelhüllentanker ab dem Jahr 2015 zeitlich vorverlegt werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** vertrat die Auffassung, dass der Antrag inhaltlich nicht mehr aktuell sei und daher keine taugliche Grundlage für eine überfraktionelle Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schiffsicherheit darstellen könne.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, es sei nach wie vor unklar, mit welcher Personalausstattung und in welchem Rechtsrahmen das Havariekommando in Cuxhaven tätig sei. Auch die Ausgestaltung der Notliegeplätze im Einzelnen sei noch nicht geklärt.

Berlin, den 27. Januar 2003

**Annette Faße**  
Berichterstatterin